

Redebeitrag zur Kundgebung gegen den CSU-Neujahrsempfang mit Alexander Dobrindt am 01. Februar 2025

Wir haben ein turbulentes Jahr 2024 hinter uns und nachdem ein Monat des neuen Jahres hinter uns liegt ist jetzt schon klar: 2025 wird sich da nicht verstecken müssen.

Angetrieben von der rechtsradikalen AFD sind mittlerweile fast alle etablierten Parteien auf einen strammen Rechtskurs eingeschwenkt. In einem erschreckenden Tempo und ohne Sinn und Verstand wurden Gesetze verschärft, die zu einer Schikanierung und Stigmatisierung von Geflüchteten führen und der Argumentation der AFD Auftrieb geben. Vielen Dank dafür auch an die verbliebenen Regierungsparteien, die SPD und die Grünen.

Nach dem Umsturz in Syrien stand nicht etwa die Freude über das Ende des mörderischen Assad-Regimes im Vordergrund, nein, hierzulande freute man sich lieber darauf, endlich Geflüchtete aus Syrien loszuwerden. Völlig egal, dass die neuen Herrscher radikale Islamisten sind. Völlig egal, dass Kurdinnen und Kurden dort stärker als zuvor verfolgt werden. Mitgemacht haben bei diesem rassistischen Schmierentheater alle wichtigen Parteien. Angetrieben wurde es erwartbarerweise von der AFD, aber eben auch von den Unionsparteien und auch den sogenannte Liberalen von der FDP.

Jetzt sind CDU, CSU und FDP noch einen Schritt weiter gegangen: Nach den schrecklichen Morden von Aschaffenburg starteten sie einen Frontalangriff auf die Reste des Asylrechts. Ohne Scham übernahmen sie Forderungen, die bisher in dieser Radikalität nur von faschistischen Parteien wie der AFD bekannt waren und die in keiner Weise mit Grundrechten und Europarecht vereinbar sind.

- Dauerhafte Grenzkontrollen
- Einreiseverbote für Menschen ohne gültige Papiere, unabhängig von einem Schutzersuchen
- Massenhafte Inhaftierung von ausreisepflichtigen Menschen
- Tägliche Abschiebungen auch in Folterstaaten wie Afghanistan

Gleichzeitig wollen die Unionsparteien den Weg ebnen für einen Überwachungsstaat nach chinesischem Vorbild: Von sog. KI-Kameras sollen öffentliche Bereiche und damit die Bevölkerung überwacht werden.

Klimaschutz spielt dagegen keine Rolle mehr. Logisch, die für alle deutlich sichtbar aufziehende Klimakatastrophe werden wir vermutlich einfach aussitzen können.

Grenzkontrollen, Internierungslager und Massenüberwachung – allein wegen dieser Forderungen und Pläne kann man sich schon nur die Augen reiben. Wollen die Unionsparteien und die FDP der AFD das nötige Handwerkszeug für eine Machtübernahme schon vorbereiten und alles schlüsselfertig übergeben?

Diese Woche setzten Merz und Konsorten noch einen drauf: Mit Ansage haben sie gemeinsam mit der faschistischen AFD einen Bundestagsbeschluss erwirkt, der die zuvor genannten und andere Massnahmen beinhaltet. Man übernimmt nun nicht mehr nur rechtsradikale Sprache und Inhalte, man stimmt auch zusammen mit ihnen ab. Auch wenn die gestrige Abstimmung, die im sog. „Zustrombegrenzungsgesetz“ münden sollte, schließlich gescheitert ist, erlebten wir diese Woche doch einen Dammbbruch! So viel zur vielbeschworenen Brandmauer.

Und was ist das außerdem schon wieder für ein menschenverachtender Begriff: **Zustrombegrenzungsgesetz**. Wir reden hier über Menschen, nicht über Naturkatastrophen!

Aber wir sind nicht nur wegen den Unionsparteien im Allgemeinen hier. Alexander Dobrindt selber ist in dieser Hinsicht ein ebenso perfektes Ziel für unseren Protest wie es Friedrich Merz wäre.

Zitat: „Die Bilder aus Amerika zeigen einen Präsidenten, der per Dekret jeden Tag beweist, dass er in der Lage ist, politische Veränderungen herbeizuführen“. So stellt sich Alexander Dobrindt das auch hier bei uns vor. Rechtsstaat Fehlanzeige – und das kann man mit der AFD natürlich viel einfacher machen als mit lästigen Demokrat*innen.

Lasst uns noch ein bisschen bei Alexander Dobrindt und seinen politischen Positionen bleiben - man kann ihn getrost und seit langem als Rechtsaußen einordnen.

Sein Lieblingsfeind sind die Grünen – wieder sehr kompatibel mit der AFD. Schon 2013 meinte er, das sei „keine Partei, sondern der politische Arm von Krawallmachern, Steinewerfern und Brandstiftern“. Gut zehn Jahre später sind er und seine Partei dabei, mit Hetzern und tatsächlichen Brandstiftern gemeinsame Sache zu machen.

Ebenfalls 2013 forderte er ein Verbot der Linkspartei. Wie wir wissen, sind die Hürden für ein Parteienverbot hoch – jedenfalls, wenn **wir** es für die AFD fordern.

Anfang 2018 forderte Dobrindt die „**konservative Revolution**“ für Deutschland. Er verwendete dabei ganz bewusst diesen Kampfbegriff der Neuen Rechten, der auf antidemokratische Strömungen in der Weimarer Zeit zurückgeht.

Alexander Dobrindt wendete sich auch gegen die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und bezeichnete Schwule und Lesben als „schrille Minderheit“. Eine Gleichstellung sei „Familienfeindlichkeit“. Dafür wurde er damals sogar vom homosexuellen CDU-Rechtsaußen Jens Spahn kritisiert.

Den homosexuellen Politiker Volker Beck bezeichnete er als „Vorsitzenden der Pädophilen-AG“ bei den Grünen.

Geflüchtete aus der Ukraine möchte Dobrindt dorthin zurückschicken, wenn sie keine Arbeit aufnahmen. Dafür fantasierte er dort angeblich vorhandene sichere Gebiete herbei.

Er ist auch Urheber des Unworts des Jahres 2018, es lautete „Anti-Abschiebeindustrie“ und meint all jene, die sich für Geflüchtete einsetzen und ihnen etwa Rechtsbeistand anbieten.

Mit seinen jahrelang bekannten rechtsaußen Positionen befindet sich Alexander Dobrindt jedenfalls in bester Gesellschaft. Fake-News und Rechtsstaatsfeindlichkeit sind leider kein Alleinstellungsmerkmal der Faschist*innen der AFD mehr.

Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann will da nicht zurückstehen: Die Leute hätten genug vom „Nazi-Bashing gegen die AfD und dem Gerede über die Brandmauer“.

Wow, Nazi-Bashing. Alles nicht so schlimm mit der AFD...

Ein anderer CDU-Mann in der Wochenzeitung **Die Zeit**: Niemand könne die Ausreden mehr hören, wegen irgendeines „Scheiß-Gerichts“ gehe dies nicht, wegen des Europarechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention gehe jenes nicht.

Daraus spricht eine völlige Missachtung unseres Rechtsstaats, wie wir sie selbst von der AFD nicht jeden Tag zu hören bekommen. Da wächst zusammen was zusammen gehört.

Als wir letztes Jahr auch hier in Hersbruck gegen die AFD und den Rechtsruck demonstriert haben, waren Vertreter*innen konservativer Parteien beleidigt, dass sie nicht eingeladen wurden. Mancherorts beschwerte man sich, weil man das Gefühl gehabt hätte, man wäre bei den Protesten mitgemeint! Ja, das habt ihr ganz richtig verstanden. Ihr seid mitgemeint! Ihr leistet im besten Fall den Rechtsradikalen nur Vorschub, im schlimmsten Fall – wie jetzt – kann man euch nur noch als Steigbügelhalter bezeichnen. *Friedrich Merz als Franz von Papen!*

Wer Friedrich Merz und den Unionsparteien noch abnimmt, dass sie nicht mit der AFD zusammenarbeiten werden, der ignoriert ab sofort nicht nur bewusst die von der Bundespartei geduldeten vielfachen Zusammenarbeit auf lokaler Ebene. Wir haben diese Woche ganz deutlich gesehen, welchen Pakt mit dem Teufel Friedrich Merz bereit ist einzugehen.

Widerstand aus den eigenen Reihen ist kaum zu vernehmen. Immerhin hat die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sich zwar kurz, aber recht deutlich nach der gemeinsamen Abstimmung von CDU und AFD geäußert. Sie halte das Vorgehen von Friedrich Merz und der CDU für falsch.

Bedeutsamer ist jedoch der Parteiaustritt von Michel Friedman. Als Jude ist er ein lauter und konsequenter Kritiker der AFD und hat diese erst vor drei Monaten im hessischen Landtag als „geistige Brandstifter“ bezeichnet. Nach 40 Jahren Parteimitgliedschaft war für ihn das Maß jetzt voll. Juden verlassen die CDU, das ist die Botschaft, die wir alle hören sollten.

Dazu passt auch, dass Holocaust-Überlebende wie Albrecht Weinberg das Bundesverdienstkreuz zurückgeben.

Auch gerade hier in Hersbruck sind wir uns unserer historischen Verantwortung bewusst. Viele tausend Menschen wurden von den Nazis in nur wenigen Monaten hier im KZ Außenlager ermordet. Wie kam es dazu? Wir kannten zwar seit langem die Fakten, aber so richtig vorstellen konnte es sich wohl niemand von uns, wie es sich anfühlt, wenn eine Gesellschaft in den Faschismus schlittert.

Wir sind heute deswegen hier und zeigen Alexander Dobrindt und der CSU, dass dies nicht ohne unseren Widerstand geschehen wird. Und auch allen anderen Parteien wollen wir deutlich machen, dass wir nicht einverstanden sind, wenn sie dem Rechtsruck Vorschub leisten und der AFD die Arbeit abnehmen.

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Überlegt euch gut, bei wem ihr euer Kreuz macht.

Solidarität mit allen Marginalisierten!

Solidarität mit den Geflüchteten!

Refugees welcome!

Keine Stimme für die CSU!